

# Inhalt

MAGNUS BRECHTKEN	
Einleitung . . . . .	9

## I. Einführende Perspektiven

ARND BAUERKÄMPER	
Transnationale Dimensionen der »Vergangenheitsaufarbeitung« . . . . .	20

JEFFREY HERF	
Die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit in Deutschland seit 1945. Anfänge, Hauptmotive und Kritik an der Erinnerungspolitik vonseiten des SED-Regimes und der radikalen Linken in Westdeutschland . . . . .	38

MAGNUS BRECHTKEN	
Die Gründungswege des Instituts für Zeitgeschichte – eine Aktualisierung . . . . .	61

## II. Verfolgung und Holocaust

KARIN ORTH	
Geschichte und Struktur des nationalsozialistischen KZ-Systems . . . . .	102

FRANK BAJOHR	
Holocaustforschung – Entwicklungslinien in Deutschland seit 1945 . . . . .	122

CHRISTOPHER BROWNING	
Die Entwicklung der Holocaust-Forschung. Eine amerikanische Perspektive . . . . .	143

ULRIKE JUREIT	
Womit wir alle nicht fertig werden. Wandlungsprozesse im Gedenken an den Holocaust . . . . .	171

## III. Juristische Dimensionen

ANNETTE WEINKE

Von der (Vor-)Ermittlungsbehörde zur »neuen« Täterforschung.  
Die Zentrale Stelle Ludwigsburg . . . . . 191

HANS-CHRISTIAN JASCH

NS-Verbrechen vor bundesdeutschen Gerichten.  
Zu Täterschaft und Täterbegriff . . . . . 210

## IV. Historische Orte und Erinnerungspolitik

FLORIAN DIERL

Gedenkstätten, Dokumentationszentren und Museen  
als Akteure der Vergangenheitsaufarbeitung . . . . . 247

ALEXANDER SCHMIDT

»Nürnberg« – vom Stigma der besonders belasteten Stadt  
zum Imagefaktor Erinnerungskultur . . . . . 261

SVEN KELLER

Er bleibt – aber wie?  
Der Obersalzberg als Hitler-Ort . . . . . 284

## V. Funktionäre und politische Akteure

MATTHIAS STICKLER

Die deutschen Vertriebenenverbände – historiographische Aspekte . . . . . 317

MICHAEL SCHWARTZ

Vertriebenenpolitiker in der Bundesrepublik Deutschland.  
NS-Vergangenheiten und politisches Engagement in der Demokratie . . . . . 335

ANDREAS SCHULZ

Braune Parlamentarier?  
Zur NS-Vergangenheit des Deutschen Bundestages . . . . . 371

## VI. Behörden und Auftragsforschung

NIELS WEISE

»Mehr als Nazizählerei«.  
Die Konjunktur der behördlichen Aufarbeitungsforschung seit 2005 . . . . . 386

CONSTANTIN GOSCHLER

Auftragsforscher im Herzen der Finsternis?

Das Geschichtsprojekt zum Bundesamt für Verfassungsschutz  
im Kontext der jüngeren Aufarbeitungsforschung . . . . . 405

GERHARD SÄLTER

Professionalität, NS-Belastung und die Integration

der Staatsbediensteten: Über die Argumentationsfigur des Experten . . . . . 417

MANFRED GÖRTEMAKER

Die aktuelle geschichtspolitische Debatte und die

Kommission des Bundesministeriums der Justiz . . . . . 435

FRIEDER GÜNTHER

Zweierlei Kontinuitäten.

Die Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin

nach dem Nationalsozialismus . . . . . 456

DIERK HOFFMANN

NS-Schatten in der frühen DDR-Geschichte.

Das Beispiel der Staatlichen Plankommission . . . . . 473

## VII. Medien-Perspektiven

OLAF BLASCHKE

Endlich genug von Hitler oder bitte noch mehr?

Verlage als vergangenheitspolitische Akteure . . . . . 489

WULF KANSTEINER

Mitlaufen, Zuschauen, Mitfühlen.

Holocaust-Erinnerung im Fernsehen der Bundesrepublik Deutschland . . . . . 506

SONJA M. SCHULTZ

Kino und Katharsis?

Bilder vom Nationalsozialismus im deutschen Film . . . . . 534

PATRICK MERZIGER

»Um des Lachens willen sind die Kinos voll.«

Zur Verarbeitung deutscher Vergangenheit in der Filmkomödie

*Wir Wunderkinder* (1958) . . . . . 557

## VIII. Raubkunst und Restitution

JOHANNES GRAMLICH

NS-Raubkunst und die Herausforderungen der Restitution.

Ein Überblick . . . . . 584

ANDREA BAMBI

Kunstraub, Restitutionsfragen und Provenienzforschung.

Historische Perspektiven einer verzögerten Aufarbeitung . . . . . 614

## IX. Kontroversen vor der Gegenwart

BILL NIVEN

Jüngere Strömungen deutscher Erinnerungskultur –

einige Beobachtungen . . . . . 647

## X. Kleinkunst und Literatur: Zwei Interviews

INTERVIEW THOMAS PIGOR / MAGNUS BRECHTKEN

»... eine gerade blasphemische Freude,

dem Moloch ans Bein zu pinkeln.« . . . . . 669

INTERVIEW TIMUR VERMES / MAGNUS BRECHTKEN

»Das ist entsetzlich – und komisch.« . . . . . 677

Dank . . . . . 682

Autorinnen und Autoren . . . . . 684

Personenregister . . . . . 692

MAGNUS BRECHTKEN

## Einleitung

Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ist so alt wie dieser selbst. Schon mit dem Aufkommen der NSDAP in den 1920er Jahren, erst recht nach der Machtübernahme 1933 diskutierten Anhänger und Gegner über seine Wurzeln und sein Wesen. Während des Zweiten Weltkrieges erschienen im Ausland umfangreiche Abhandlungen, die das »Dritte Reich« und die Gründe seines Herkommens in den Verlauf der deutschen Geschichte einzuordnen suchten. Nach 1945 wiederum lassen sich zahlreiche Phasen der Auseinandersetzung mit dem Erbe der nationalsozialistischen Herrschaft identifizieren, die sich auf unterschiedlichen Diskussionsfeldern entwickelten. Zu unterscheiden sind etwa juristische, politische, gesellschaftliche, geschichtswissenschaftliche, erinnerungskulturelle und publizistische Zugänge, die jeweils eigenen Ansprüchen und Dynamiken folgten.<sup>1</sup>

### I. Aufarbeitung, nicht Bewältigung

Wir benutzen für diesen Prozess den Begriff der *Aufarbeitung*, verstanden als Kombination aus Quellensicherung, Analyse und Diskussion. Der Begriff *Vergangenheitsbewältigung*<sup>2</sup> dagegen, der in den 1950er Jahren aufkam und lange vorherrschte, erscheint heute weniger plausibel, weil *Bewältigung* einen erreichbaren oder zu erreichenden Schlusspunkt – an dem alles »bewältigt« ist – vorstellen lässt, statt den offenen Prozesscharakter der Forschung deutlich werden zu lassen. *Vergangenheitsaufarbeitung* ist folglich zu verstehen im neutralen Sinn einer fortwährenden rationalen Analyse mit geschichtswissenschaftlicher Methodik.<sup>3</sup> Sie meint wesentlich:

1 Diese Einleitung ist als Überblicks-Essay konzipiert, der angesichts der Fülle einschlägiger Publikationen auf einen umfänglichen Anmerkungs- und Literaturapparat verzichtet. Die zentralen Interpretationen der Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegszeit finden sich nachgewiesen in meinem Beitrag zur Gründungsgeschichte des Instituts für Zeitgeschichte in diesem Band. Eine umfassende Geschichte der Vergangenheitsaufarbeitung von den 1940er Jahren bis zur Gegenwart mit allen relevanten wissenschaftlichen und publizistischen Texthinweisen werde ich 2023 unter dem Titel *Mastering Hitler* veröffentlichen. Zu einzelnen Thesen und Argumenten habe ich empirische Studien vorgelegt, die im Folgenden zum Nachweis der einschlägigen Quellengrundlagen genannt werden.

2 Peter Dudek, *Vergangenheitsbewältigung. Zur Problematik eines umstrittenen Begriffs*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage 1-2 (1992), S. 44-53.

3 Der Hinweis erscheint notwendig mit Blick auf die einst von Theodor Adorno attackierte Lesart, dass »Aufarbeitung« im handwerklichen Sinn verstanden als eine Art Restauration abzulehnen sei. Die Etablierung des Begriffs *Vergangenheitsaufarbeitung* seit Mitte der 1970er Jahre und seine zunehmende Verwendung seit Ende der 1980er Jahre bis zur Jahr-

Sicherung, Klärung und Analyse von Quellen weitester Provenienz, Präsentation der Forschungsbefunde, öffentliche Diskussion der Thesen und Argumente. Wem dies als selbstverständlich, ja banal erscheint, der wird beim Blick über die Jahrzehnte immer wieder davon überrascht werden, wie Metadiskussionen – etwa der sogenannte Historikerstreit oder die jüngste Debatte um die Verbindung zwischen Kolonialgeschichte und Holocaust – aufgrund einer mangelhaften Rückbindung an die Quellen und die Forschungsliteratur irreführend simplifizieren und das verfügbare Wissen mehr verwischen als erhellen.

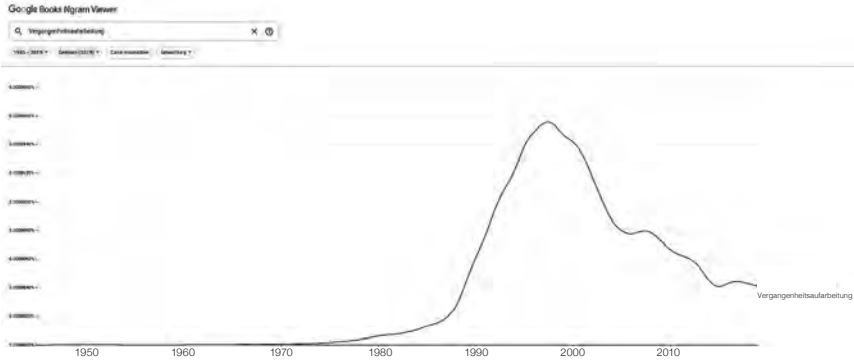
Es ist zugleich ein bis heute wiederholt zu lesendes Missverständnis, dass die Vielfalt des *Redens über* den Nationalsozialismus in den 1950er und 1960er Jahren bereits eine *aktive Aufarbeitung* gewesen sei. Fakt ist vielmehr, dass das Sprechen über das »Dritte Reich« in den ersten Jahrzehnten vielfach ein Herauserzählen war, in dem konkrete Aspekte individueller Verantwortung und persönlicher Täterschaft entweder beschwiegen wurden oder verharmlost und vernebelt blieben. Das menschlich allzu bekannte Bedürfnis nach rückwirkender Harmonisierung des eigenen Lebensweges überwog bei weitem die Reflexion der möglichen Schuldhaftigkeit eigenen vergangenen Handelns.<sup>4</sup>

Dabei bietet die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus seit Kriegsende kein einheitliches Bild, sondern wir erkennen Analysestränge, die sich entlang spezifischer Themen entwickeln. Dazu zählen etwa die Gründe für das Scheitern der Weimarer Demokratie, die Machtfreigabe an die Nationalsozialisten, die Bedeutung der NSDAP, die Untersuchung des NS-Herrschaftsapparats, die Rolle Hitlers, der Einfluss nationaler Traditionen, die Kontinuitäten vom Kaiserreich zum »Dritten Reich«, das Wirken der Funktionseleiten sowie die Bedeutung von Institutionen vom Militär bis zu den Kirchen. Vor allem standen immer wieder die zentralen Fragen von Gewalt, Verfolgung und Vernichtung im Zentrum der Diskussion, namentlich der Holocaust, der aber erst seit den 1970er Jahren zu einem weithin beachteten Forschungsthema wurde. Noch später traten Fragen etwa der Entschädigung von Zwangsarbeitern, Ghetto-Renten oder NS-verfolgungsbedingt entzogener Kunst- und Kulturgüter hinzu.

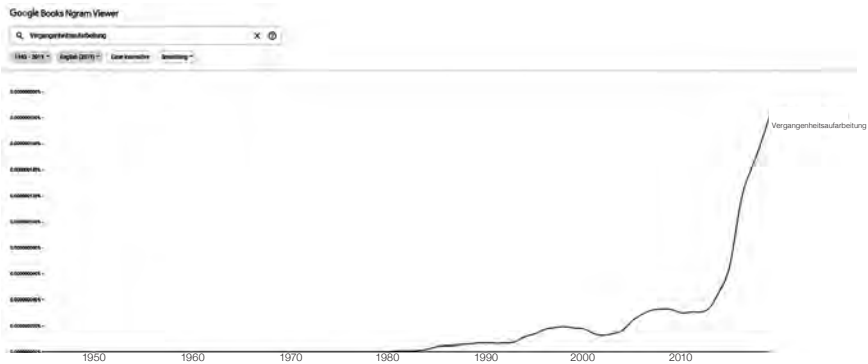
Aufarbeitung und Diskussion sind mithin als kumulativer Prozess fortgesetzter Wissenserweiterung erkennbar, verlaufen aber weder linear noch nach einem identifizierbaren Schema. Vielmehr entwickeln einzelne Aspekte oft eine eigene, nicht prognostizierbare Dynamik: Beispiele sind etwa die Wirkung des Eichmann- und des Auschwitz-Prozesses, die Film-Serie *Holocaust*, die Öffnung der osteuropäischen

tausendwende lässt sich empirisch nachzeichnen, wenn wir den Korpus deutsch- und englischsprachiger Bücher über Ngram-Viewer für die Jahre 1945 bis 2019 in den Blick nehmen. Während der Begriff in der deutschsprachigen Diskussion seither an Popularität verliert, hat er sich im englischsprachigen Diskurs massiv durchgesetzt.

4 Exemplarisch ist diese Kombination von nationalsozialistischem Ehrgeiz, Kriegsverbrecherkarriere, rückblickender Legendenbildung, Täuschung und Herauserzählen am Lebenslauf Albert Speers ablesbar: Magnus Brechtken, *Albert Speer. Eine deutsche Karriere*, 3. Aufl., München 2017.



*Grafik 1: Begriff »Vergangenheitsaufarbeitung« im Korpus deutschsprachiger Bücher von 1949 bis 2019.*



*Grafik 2: Begriff »Vergangenheitsaufarbeitung« im Korpus englischsprachiger Bücher von 1949 bis 2019.*

Archive nach Ende des Kalten Krieges, Kontroversen um die Traditionsstiftung in Ministerien oder der sogenannte Schwabinger Kunstfund: Sie provozierten und fokussierten recht plötzlich eine Vielzahl weiterer Forschungsressourcen und intensiver Recherchen, die unser Wissen substanziell erweiterten. Die Zufälligkeit, mit der das plötzliche Interesse neue Forschungswege öffnete, mahnt zu Vorsicht bei jeder Prognose, welche Fragen in den nächsten Jahren in vergleichbarer Weise in den Mittelpunkt rücken werden.

Bei aller Komplexität lassen sich in der Vielfalt von Themen und Strängen in der Gesamtperspektive vier Phasen unterschiedlicher Hauptinteressen beschreiben:

1. Die Analyse der aktuellen NS-Geschichte bis 1945 (seit den 1930er Jahren)
2. Ursachenforschung und Beginn der »Aufarbeitung« (seit Kriegsende)

3. Erweiterung der Analyse-Ebenen durch Diskussion um die Beziehung von empirischer NS-Geschichte und dem Umgang damit seit 1945 (seit den 1980er Jahren)
4. Fragen der Kontinuität und Diskontinuität von der Weimarer Republik bis in die 1960er/70er Jahre (seit Ende der 2000er Jahre)

Ob jüngere Diskussionen um Nationalsozialismus und Holocaust in der Perspektive von Gewalt- und Genozidgeschichte(n) vom »Zeitalter des Imperialismus« bis zur Gegenwart als eigenständige neue Phase charakterisierbar sind, ist fraglich. Vielmehr erscheint hier das wiederkehrende Beispiel einer Metadiskussion, ähnlich dem sogenannten Historikerstreit in den 1980er Jahren, die als Diskursphänomen zwar von Interesse sind, wissenschaftlich-empirisch aber kaum neue Argumente liefern.

## II. Phasen und Themen der Aufarbeitung – eine Skizze

In aller gebotenen Skizzenhaftigkeit lassen sich über die genannten drei Phasen nach 1945 hinweg thematische Wellen der Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus wie folgt charakterisieren: In der unmittelbaren Nachkriegszeit dominierte die von den Alliierten betriebene Ahndung. Im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess sowie den Folgeprozessen, aber auch in der Tätigkeit der Spruchkammern manifestierte sich aus Sicht der Deutschen, die das »Dritte Reich« durchlebt hatten, eine von außen herangetragene, weithin unfreiwillige Auseinandersetzung. Die Mehrheit der Deutschen sah sich ungerecht behandelt. Für die 1950er Jahre hat Hermann Lübke den viel zitierten Begriff des »kommunikativen Beschweigens« geprägt: die Menschen wussten, was sie selbst vor 1945 getan hatten, sie wussten es über Nachbarn und Arbeitskollegen, aber sie lebten »unter der Prämisse, dass es politisch weniger wichtig sei, woher einer kommt als wohin er zu gehen willens« war.<sup>5</sup> Symbolisch stand hierfür etwa das am 11. Mai 1951 vom Bundestag beschlossene 131er-Gesetz. Konkrete, Verantwortungen klärende Forschung zum Nationalsozialismus, wie sie etwa das junge Institut für Zeitgeschichte nach den Motiven seiner Gründer betreiben sollte, war für einen keineswegs der NS-Apologie verdächtigen Historiker wie Franz Schnabel »eine Überordnung der Wissenschaftlichkeit über das Leben, die geradezu gegen den gesunden Menschenverstand verstößt«.<sup>6</sup> Entsprechend wenig war die universitäre Geschichtsforschung zunächst am Nationalsozialismus interessiert. Bedeutende zeithistorische Werke – beispielhaft Karl Dietrich Brachers Habilitationsschrift über die »Auflösung der Weimarer Republik« – erschienen als Außenseiter-

5 Hermann Lübke, Der Nationalsozialismus im politischen Bewußtsein der Gegenwart, in: Martin Broszat u. a. (Hrsg.), Deutschlands Weg in die Diktatur. Internationale Konferenz zur nationalsozialistischen Machtübernahme im Reichstagsgebäude zu Berlin. Referate und Diskussionen. Ein Protokoll, Berlin 1983, S. 329-349, hier S. 341.

6 Brief Franz Schnabel an Gerhard Ritter vom 15. Juli 1949, zit. nach Christoph Cornelißen, Gerhard Ritter. Geschichtswissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert, Düsseldorf 2001, S. 534.



Publikationen. Bracher erhielt seinen Lehrstuhl für »Politik und Zeitgeschichte« 1959 an der Universität Bonn bei den Politologen, nicht bei den Historikern.

Historiographisch dominierte in den 1950er Jahren die Lesart des Nationalsozialismus als Totalitarismus. Seit den 1960ern rückte der später sogenannte Funktionalismus oder Strukturalismus die Bedeutung von Institutionen in den Mittelpunkt. Entsprechend wandelte sich das Bild der treibenden Kräfte. In den 1950er Jahren dominierte die Vorstellung von Hitler und wenigen Getreuen, die aus Machtchreiz und durchweg totalitär alle Bereiche durchherrschten, während die Mehrheit der Deutschen sich so als Unterdrückte sehen konnte. Mit dem Strukturalismus richtete sich der Blick nun auf die konkurrierenden Kräfte von Staat und Partei, von Machtgruppen und Einzelinteressen, die als eigentlich treibend und verantwortlich angesehen wurden für die fortschreitende Radikalisierung der NS-Herrschaft. Hitler und die führenden Köpfe des Herrschaftsapparates gerieten dabei aus dem Blick. Funktionalistische Interpretationen und die Etablierung der Gesellschaftsgeschichte seit den 1970er Jahren ließen biografische Arbeiten im Fach in den Hintergrund rücken, ohne dass hier schon Forschungssynthesen zu zentralen Akteuren jenseits von Hitler vorlagen. Die populärste Hitler-Biografie schrieb kein Historiker, sondern der Journalist Joachim Fest. Durch die Betonung der institutionellen Dynamiken erweiterte sich der Blick auf die Vielzahl Verantwortlicher, stoppte aber regelmäßig vor dem systematischen Blick auf die konkrete, individuelle Täterforschung. Die notwendige Abkehr von einer entlastenden Hitler-Zentrik ließ dabei zugleich die zentrale Bedeutung der NS-Ideologie in den Schatten treten und förderte deren Unterschätzung für die Dynamik der Herrschaftsentfaltung.

Auf die juristische Ahndung durch die Alliierten folgten seit den 1950er Jahren Prozesse vor deutschen Gerichten, seit 1958 unterstützt durch die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg. Auch der Ulmer Einsatzgruppenprozess im selben Jahr, die internationalen Diskussionen um den Prozess gegen Adolf Eichmann seit 1961 sowie der Frankfurter Auschwitz-Prozess von 1963 bis 1965 machten Verbrechenskomplexe einer weiteren Öffentlichkeit bekannt. Aber wissenschaftlich stand dem wenig zur Seite. Raul Hilbergs Standardwerk über die *Vernichtung der europäischen Juden* erschien mit Hindernissen 1961 in englisch-amerikanischer, erst 1982 in kleiner Auflage in deutscher Sprache. Der Begriff »Holocaust« etablierte sich seit den 1970er Jahren in den Vereinigten Staaten und erhielt 1978/79 durch die gleichnamige Fernsehserie weltweite Prägung. Die erste wissenschaftliche Konferenz in der Bundesrepublik über die Judenvernichtung fand 1984 in Stuttgart statt. Werke mit konkreten, detaillierten Beschreibungen der Vernichtungspolitik erschienen seit Ende der 1980er Jahre – beispielhaft etwa die Taschenbuchausgabe einer aktualisierten Auflage von Hilbergs Hauptwerk oder Christopher Brownings Buch über die *ordinary men*. Saul Friedländers innovative integrierte Geschichte der Judenverfolgung erschien in Deutschland seit 1998.<sup>7</sup>

7 Ausführlich zur Forschungsentwicklung über den Holocaust die beiden zusammenfassenden Beiträge von Frank Bajohr und Christopher Browning in diesem Band.

Die Geschichtsdebatten der 1980er Jahre – die Auseinandersetzungen um das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, das Deutsche Historische Museum sowie der sogenannte Historikerstreit – sind unmittelbare gesellschaftspolitische Reaktionen zum Umgang mit dem Erbe des Nationalsozialismus. In der Kritik an den Museumsplänen manifestierte sich die Furcht eines Teils der Geschichtswissenschaft, dass mit den musealen Gründungen eine Art wiederbelebter nationaler Legitimationsgeschichte geschaffen werden solle, in der die nationalsozialistische Herrschaft im Stil der Erzählung vom unglücklichen Betriebsunfall, der unwillkürlich über die Deutschen gekommen sei, nivelliert werden könne.

Der sogenannte Historikerstreit wiederum verwischte den eigentlichen Kern der Auseinandersetzung mehr als ihn zu klären: Die berechtigte Zurückweisung der apologetischen Konstruktionen Ernst Noltes wurde vermengt mit aktuellen geschichtspolitischen Fragen. Die Fronten des Historikerstreits sortierten sich mehr an überkommenen Loyalitäten als an historiographischen Analysen, so dass der eigentliche Kern – Noltes Quellenferne und seine Gleichgültigkeit gegen empirische Befunde – weithin undiskutiert blieb. Die mangelhafte Analyse verharmloste Noltes fortschreitende NS-Apologie. Bis in die jüngere Gegenwart ist zu lesen, es sei um einen Vergleich von Bolschewismus und Nationalsozialismus gegangen. Richtig ist, dass Vergleiche nicht nur erlaubt, sondern notwendig sind, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede historischer Phänomene herauszuarbeiten. Aber Nolte insinuierte etwas Anderes. Er wollte den nationalsozialistischen Judenmord als eine Reaktion gelesen wissen, als gleichsam aufgrund der Umstände und des Verhaltens von Bolschewisten und »den Juden« nachvollziehbare Gegenwehr gegen eine vermeintliche Bedrohung. Wer dagegen die Quellen zum NS-Antisemitismus und zur Judenpolitik las, konnte jederzeit sehen, dass dergleichen behauptete »Reaktion« auf bolschewistische Praktiken für Hitlers Geschichtsbild und die NS-Ideologie kaum eine Rolle spielte, für die politische Motivation und die praktische Politik von Entrechtung, Verfolgung und Vernichtung von 1933 bis 1945 schon mal gar nicht. Die NS-Politik folgte einer genuin eigenständigen ideologischen Überzeugung vom Wesen des Geschichtsprozesses.

Eine Lehre immerhin bot die wissenschaftlich unfruchtbare, mit vielen persönlichen Verletzungen einhergehende Auseinandersetzung: Wer sie als junger Forscher miterlebte, sah, wie Kontroversen aus geschichtspolitischen Motiven die Wissenschaft unterminierten. Rationaler Erkenntnisfortschritt, so viel wurde deutlich, war nur möglich bei fortwährender kritischer Selbstbefragung, die stets auch die Revision eigener Standpunkte einschließen musste. Auch die polemischen Formen des Streits schreckten viele Jüngere ab, so dass sie im Ton eigener Debatten ähnliche Schärfen zu meiden suchten.

Zugleich verloren Historiker – es waren weiterhin meist Männer – als intellektuelle Leitfiguren öffentlicher Selbstvergewisserung zusehends an Einfluss. Verstanden sich manche bis weit nach 1945 noch zu historischer Staatslegitimation berufen, so trat seit den 1960er Jahren eine neue Generation in den Vordergrund, die ihre Aufgabe in der kritischen Befragung und Förderung gesellschaftlich-emanzipatori-

scher Prozesse sah. Die Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der sogenannten klassischen Politikgeschichte und der »modernen« Gesellschaftsgeschichte spiegeln diesen Wandlungsprozess. Auf allen Seiten schwang dabei jedoch stets noch eine hohe Auffassung von der Rolle mit, die die eigene »Zunft« im politisch-gesellschaftlichen Gefüge einnehme. Mit dem Ende des Kalten Krieges und der Wiedervereinigung erlebte die Geschichtswissenschaft nicht zuletzt durch ihre zunehmende Differenzierung und Vielfalt ein weiteres Nachlassen ihres Einflusses. Das hing ursächlich zusammen mit einer erneuten thematischen Wende hin zur sogenannten Kulturgeschichte, die seit den 1990er Jahren höchst einflussreich wurde. Deren Themenwahl und fachinterne Popularität trug entschieden dazu bei, dass sich die Geschichtswissenschaft von der Rolle einer historisch-informierten und informierenden Orientierungswissenschaft für die selbstkritische Zivilgesellschaft zusehends entfernte.

In der NS-Forschung trat nach der Entwicklung zur konkreten Täterforschung seit den 1980er Jahren in den 1990ern die Rolle der sogenannten deutschen Volksgemeinschaft in den Vordergrund. Die Analyse der Mehrheitsgesellschaft in ihrer Bedeutung für die Regimestabilität und Herrschaftsdynamik illustrierte den grundsätzlichen Wandel von den Lesarten der 1950er Jahre zur jüngeren Gegenwart. Statt »das Volk« als Objekt totalitärer Unterdrückung aus dem Blick der Mitverantwortung zu eskamotieren, lieferte die Analyse von Ego-Dokumenten, privaten Aufzeichnungen und ähnlichen Quellenkorpora ein differenziertes Bild vieler Volksgenossen in ihrem Bestreben »dem Führer entgegen zu arbeiten«. <sup>8</sup> Die »Volksgemeinschaftsforschung« wurde nach der Jahrtausendwende intensiv weiter betrieben, aber seit den späten 2000er Jahren vom Boom der Analysen zu Ministerien und Behörden überlagert und abgelöst. Auch hier zeigt sich, wie sehr dergleichen Forschungswellen mit der Erwartungshaltung und der Diskussionswilligkeit der Gesellschaft korrespondieren. Deutlich wurde dies etwa, als 2010 das Sammelwerk über *Das Amt und die Vergangenheit* erschien. Zentrale Erkenntnisse des Bandes waren bereits in den 1980er und 1990er Jahren veröffentlicht worden, ohne dass sie eine ähnliche öffentliche Resonanz erhalten hätten. <sup>9</sup> Mehrfach wurde die Welle dieser Aufarbeitungsprojekte <sup>10</sup> schon vor Jahren für beendet erklärt, setzte sich aber fort, indem nach der Bundes- und Länderebene inzwischen regionale und kommunale Aspekte der Kontinuitäts- und Diskontinuitätsgeschichte in den Mittelpunkt

8 Werner Willikens, Staatssekretär im Reichsernährungsministerium, in einer Rede am 21. Februar 1934; zit. nach Ian Kershaw, Hitler, Bd. 1: 1889-1936, Stuttgart 1998, S. 27, 663.

9 Zusammenfassender Überblick: Magnus Brechtken, Mehr als Historikergeplänkel. Die Debatte um »Das Amt und die Vergangenheit«, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 63/1 (2015), S. 59-91.

10 Niels Weise bietet in diesem Band einen konzisen Überblick zu den Hintergründen und Entwicklungen der Aufarbeitungsprojekte, die in den vergangenen 20 Jahren von Ministerien, obersten Bundesbehörden, aber auch von Landtagen und anderen öffentlichen Institutionen initiiert oder begleitet wurden.

rücken. Es ist absehbar, dass die Zukunft dieser Projekte weniger in grundlegend neuen Erkenntnissen liegt als in der Differenzierung und Vertiefung unseres Wissens.

### III. Zur Problematik jüngerer Diskussionen

Wer nun vor dem Hintergrund von sieben Jahrzehnten Aufarbeitungsdiskurs die jüngsten Debatten zur Geschichte des Deutschen Kaiserreiches und seiner Kontinuitätslinien zum »Dritten Reich« verfolgt, mag zunächst überrascht sein. Da ist etwa die These zu vernehmen, dass das Kaiserreich doch deutlich demokratischer gewesen sei als gemeinhin behauptet. Die deutsche Außenpolitik vor 1914 wird ferner zum Teilaspekt einer allgemeinen internationalen Unverantwortlichkeit nivelliert, in deren Gemengelage alle Akteure Fehler auf sich luden und damit am Ende alles politische, militärische und diplomatische Handeln irgendwie verschwommen erscheint. Dann wiederum werden Gründe, Motive und Wirkungen der Kolonialpolitik des deutschen Kaiserreiches und der europäischen Kolonialmächte insgesamt in eine Linie gesetzt mit der nationalsozialistischen Eroberungs- und Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg, die damit ebenfalls ihre Spezifika verliert und irgendwie zum Element einer allgemeinen Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts wird.<sup>11</sup>

Alle drei Diskurse wirken mit Blick auf die Quellen und im Licht der bereits vielfältig diskutierten Argumente jahrzehntelanger Forschungsliteratur gleichermaßen erstaunlich.

Wer die realen demokratischen Potentiale des Kaiserreiches erörtern will, kann nahezu alle heute wiederkehrenden Argumente in den Debatten seit den 1960er Jahren – exemplarisch seien Thomas Nipperdey und Hans-Ulrich Wehler als

<sup>11</sup> Für eine ausführliche Diskussion dieser Debatten ist hier kein Raum, weshalb einige Stichworte genügen müssen: Als Indikator für die Sehnsucht nach rückblickender Harmonisierung beim Blick auf die Außenpolitik des Kaiserreichs lässt sich exemplarisch der Erfolg von Christopher Clarks Buch *Die Schlafwandler* interpretieren; für die Innenpolitik kann entsprechend Hedwig Richters Buch *Demokratie – Eine deutsche Affäre* und ihr *Zeit*-Beitrag mit Bernd Ulrich gelesen werden: Hedwig Richter/Bernd Ulrich, Die Angst vor dem Volk, in: *Die Zeit* Nr. 15/2021, 8. 4. 2021. Ein jüngeres Beispiel für den argumentativen Kampf gegen angebliche, aber nicht existente Tabus: Jürgen Zimmerer/Michael Rothberg, Enttabuisiert den Vergleich!, in: *Die Zeit* Nr. 14/2021, 31. 3. 2021. Das angebliche »Tabu« von Vergleichen ist ein wiederkehrendes Argumentationsmuster, das bereits im Historikerstreit zur Ablenkung von den Implikationen der Thesen Ernst Noltes diente und schon seinerzeit nicht zutraf. Das mit den Argumenten von Zimmerer und Rothberg verbundene Pamphlet von Dirk A. Moses *Der Katechismus der Deutschen* bietet eine Lesart, bei der neben einer offensichtlich begrenzten Vertrautheit mit den Komplexitäten, Strängen und Meinungsentwicklungen der Aufarbeitungsgeschichte ein verschwörungsauffines Weltbild mit einer sichtlich politischen Agenda aufscheint, <https://geschichtedergewenwart.ch/der-katechismus-der-deutschen/> [28. 6. 2021].

Exponenten genannt – nachlesen. Über die Jahrzehnte wurden enorme Korpora für die Fragen der Macht- und Entscheidungsprozesse verarbeitet, analysiert, diskutiert. Das unterscheidet das Kaiserreich vom Nationalsozialismus, zu dem weiterhin Quellenfunde zu erwarten sind. Auch die Verbindungslinien vom Kaiserreich zum »Dritten Reich« und ihre Verbindungen zur Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts insgesamt sind vielfach erörtert worden.

Die Forschungen zum Kaiserreich verweisen immer wieder auf die Grundfragen: Wer entschied über politische Prozesse, über Rüstungsfragen und Außenpolitik, am Ende über Krieg und Frieden? Wer dies analysiert, wird erkennen können, dass das Kaiserreich sich seit den 1890er Jahren auf einem politischen Kurs bewegte, der nicht erst unmittelbar vor dem Kriegsbeginn 1914 in eine Konfrontationslage führte, die nicht zuletzt einem Mangel an demokratisch-parlamentarischen *checks and balances* entsprang. Seit 1895 wurden die Reaktionen und Konsequenzen des außen- und militärpolitischen Handelns immer und immer wieder zurückgespielt in die deutsche Führung. In ihren Handlungen und Entscheidungen liegt ein Großteil der Verantwortung für jene internationale Konstellation, die über zwei Jahrzehnte entstanden war, als sie sich 1914 kriegerisch entlud.<sup>12</sup>

Schließlich ist die in jüngster Zeit entfaltete Debatte um die Traditionslinien vom Kaiserreich und der europäischen Kolonialgeschichte zur Gewaltpolitik des Zweiten Weltkrieges zu nennen. Die regelmäßigen Versuche, den Holocaust in der Kolonial- und Genozidgeschichte zu nivellieren, sind trotz ihrer Wiederholung wissenschaftlich nicht überzeugender geworden. Es ist das *Ergebnis* historischer Vergleiche, den Holocaust als etwas Singuläres, weil in seiner Motivation und mit seinen Zielen Neues und von früheren Gewaltgeschichten Verschiedenes zu charakterisieren. Die Politik der Judenvernichtung war insofern singulär, als sie erstmals in dieser spezifischen Form als staatliches ideologisches Projekt – und nicht als »Beiwerk« und »Kollateraleignis« von Herrschaftspolitik zu anderen Macht-Zwecken wie im Kolonialismus – konzipiert und betrieben wurde. Die deutschen und europäischen Juden waren nicht Opfer eines imperialistischen Herrschaftsanspruchs, den es gegen andere Herrschaftsansprüche durchzusetzen galt – wie etwa beim Genozid an den Herero und Nama. Sie waren auch nicht, wie die meisten Opfer des Stalinismus, eine zu beseitigende Klasse in einem als determiniert angenommenen Geschichtsprozess. Im Nationalsozialismus dagegen war der Judenmord der imaginierte Auftrag und Sinn eines historischen Prozesses, Selbstzweck aus ideologischer Glaubensgewissheit, die eigentliche Aufgabe der eigenen Existenz und Herrschaft. Es bleibt ein Unterschied, ob Menschen zur Herrschaftssicherung unterdrückt und verfolgt werden oder weil sie als Menschen interpretiert werden, denen man ein zwingend zu vernichtendes Wesen zuschreibt.

12 Dazu im Detail: Magnus Brechtken, Scharnierzeit 1895-1907. Persönlichkeitsnetze und internationale Politik in den deutsch-britisch-amerikanischen Beziehungen vor dem Ersten Weltkrieg, Mainz 2006.

## IV. Nicht die Großeltern retten

Bis in die Gegenwart ist bisweilen das Argument zu hören, vergangene Institutionen und das Handeln früherer Personen müssten im Lichte ihrer Zeit beurteilt werden, nicht nach rückblickend angelegten Maßstäben der Gegenwart. Der darin enthaltene Vorwurf, wonach nachträgliche Distanzierung wohlfeil sei und die zeitgenössische Konfliktlage der Individuen nicht ausreichend berücksichtige, läuft jedoch ins Leere, denn er verkennt die Aufgabe der historischen Wissenschaft. Unsere Aufgabe als Historikerinnen und Historiker ist es, aus einer rationalen Position historische Ereignisse zu analysieren. Es ist dagegen nicht unsere Aufgabe, den argumentativen Versuch zu unternehmen, unsere Großeltern oder deren Vorfahren zu retten.

Selbstverständlich ist es nicht angezeigt, die politischen Handlungen beispielsweise des Königs Friedrich II. von Preußen oder des Ministerpräsidenten Otto von Bismarck mit heutigen Maßstäben rückwirkend zu verurteilen, als ob ihnen zeitgenössisch schon unser Urteils- und Wertekanon zur Verfügung gestanden hätte. Wer aber Bismarck als skrupelarmen Machtmenschen beschreibt oder die Gleichgültigkeit Friedrichs II., mit denen er tausendfach Menschen aus Laune zum Krieg in den Tod schickte, der misst weder Bismarck noch Friedrich mit heutigen Maßstäben, sondern er stellt historische Tatsachen fest. Wenn Historiker in der Gegenwart sich zum Hinweis aufgerufen fühlen, dass Friedrich und Bismarck im Denken ihrer Zeit gehandelt hätten, so schränkt das die historischen Tatsachen – das tausendfache In-den-Tod-Schicken und die geschickte Machtmanipulation – in keiner Weise ein. Historisch war dies so. Vielmehr stellt sich die Frage, warum sich Historiker in der Gegenwart derart aufgerufen fühlen, gleichsam als Rechtsanwälte der Vergangenheit aufzutreten, die doch »nur« analysiert und beschrieben wird.

Wenn aber ein sich als Verteidiger verstehender Historiker meint, dass für den gegenwärtigen Analytiker und seine Leserinnen und Leser automatisch nur die historische Position der damaligen Zeit für eine heutige Darstellung akzeptabel sei, unterminiert dies den Sinn von Geschichtswissenschaft und historischer Analyse. Denn diese liegt nicht zuletzt darin, Entwicklungen und Wandlungen – ganz neutral und nicht notwendigerweise positiv verstanden – etwa vom 18. und 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart erkennbar zu machen, damit sich Leserinnen und Leser vor diesem Hintergrundwissen historisch verorten können. Welche Schlüsse sie daraus ziehen, können wir ihnen getrost selbst überlassen. Wer meint, dass es sinnvoller und erfolgreicher sei, wie unter Friedrich oder unter Bismarck zu leben und zu handeln, mag dafür argumentieren.

Wenn wir allerdings analysieren, was die Weltbilder und das Tun unserer Vorfahren bestimmte, so mag darin manches zu finden sein, was wir politisch und moralisch heute ablehnen – Kolonialismus, Rassismus, Völkermord. Indem wir diese Phänomene für die Vergangenheit analysieren und erkennen, sie festhalten und benennen, fällen wir zunächst kein moralisches Urteil, sondern beschreiben gewesene Vergangenheit. Indem wir dies tun, können wir allerdings die Beziehung

zur Gegenwart erkennen und uns bewusst machen, was wir selbst als Konsequenz dieser Erkenntnisse heute anders machen können – und sollten. Wer dagegen nationalistische Identifikationsgeschichte zu schreiben sucht nach dem Motto: »Was damals geschah, hat mit uns heute nichts zu tun, weil die Maßstäbe andere waren«, der verweigert sich der Erkenntnis. Denn richtig ist: Die Maßstäbe waren andere – und genau deshalb hat das etwas mit uns heute zu tun.

Auf das »Dritte Reich« und seine Verarbeitungsgeschichte bezogen meint dies etwa: Wenn wir heute feststellen, dass in den 1950er Jahren eine konkrete Täterforschung kaum stattfand – weil die Täter noch allgegenwärtig in der Gesellschaft lebten –, und wenn wir sehen, dass eine Holocaustforschung kaum betrieben wurde und die wenigen, die sie betrieben, kaum Resonanz erhielten: Dann ist das zunächst einmal eine Feststellung der historischen Tatsachen. Wer daraus eine Anklage oder Verurteilung liest, die er für ablehnenswert erachtet, stellt sich jenseits der analytischen Kategorien.

Zugleich gilt, dass die Generationen der im Jahr 2021 in Politik und Gesellschaft aktiven Menschen keine persönliche, individuelle Verantwortung für das spezifische Handeln ihrer Groß- und Urgroßeltern übernehmen können. Was wir allerdings tun können ist, sie zu analysieren, aus den Weltbildern zu lernen und darauf zu achten, dass wir deren Folgen – Kolonialismus, Rassismus, Völkermord – nicht selbst praktizieren und jedem Aufkeimen solchen Denkens aus historischer Einsicht in die Folgen aktiv entgegenreten.

Schließlich: Die Beiträge dieses Bandes zeigen bewusst vielfältige Ansätze, sie bilden ein Kompendium, keine Enzyklopädie. Während die einen systematisch die Forschungsentwicklung zusammenfassen, werfen andere mehr essayistisch einen Blick auf spezifische Phänomene. Die Gesamtanlage des Bandes zielt nicht auf ohnehin unerreichbare Vollständigkeit, sondern auf eine Vielfalt von Blicken, Perspektiven, Zusammenfassungen und – hoffentlich – Anregungen für weitere Forschungsfragen.